TOP 6 - Teilaushalt – Jugendamt – für das Jahr 2018

Vorbericht

Der Teilaushalt 7 umfasst die Produkte:

- Führung und Leitung
- Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
- Elterngeld
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Jugendarbeit; Förderung der Jugendarbeit
- Schul- und Jugendsozialarbeit
- Förderung der Erziehung in der Familie
- Hilfen zur Erziehung
- Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen
- Adoptionsvermittlung
- Amtsvormundschaft / Beistandschaft
- Familien- und Jugendgerichtshilfe
- Tageseinrichtungen für Kinder
- Kreisjugendhaus Kell

Produkt 3410 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschuss-Gesetz

Mit dem Ausbau des Unterhaltsvorschusses, der zum 01. Juli 2017 in Kraft trat, entfällt die bisherige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten, zudem wird der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert. Bisher erlosch der Anspruch, wenn das betroffene Kind das zwölfte Lebensjahr vollendet hatte. Künftig gilt die Altersgrenze von 18 Jahren. Allerdings können über zwölfjährige Kinder die Leistungen nur dann beanspruchen, wenn sie nicht von Leistungen nach dem SGB II abhängig sind und der betreuende Elternteil ein eigenes Brutto-Einkommen von mind. 600,00 € bezieht. Die Kosten der Reform werden auf 350 Mio. Euro jährlich geschätzt. Im Zuge der Neureglung erhöht der Bund seinen Finanzierungsanteil von 33,5 auf 40 Prozent.

Die Unterhaltsvorschuss-Stelle der Kreisverwaltung hat in der Vergangenheit durchschnittlich bis zu 430 Leistungsfälle bearbeiten. Aktuell liegen dem Jugendamt bereits 350 zusätzliche Anträge auf die Bewilligung von Unterhaltsvorschuss nach den neuen gesetzlichen Voraussetzungen vor. Aufgrund der Meldungen des Job-Centers werden noch ca. 100 weitere Anträge erwartet.

Vorgenannten Tatsachen geschuldet war der Aufwand bei dieser Leistung auf 2,0 Mio. Euro anzuheben.

Produkt 3610 Kindertagespflege bzw. 3650 Kindertagesstätten

Die Ausgaben des Referates 73 (Kindertagesstätten/Kindertagespflege) belaufen sich im Ergebnishaushalt 2018 auf 56.647.000 €. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 31.175.000 € gegenüber. Der bereinigte Kreisanteil an den Kosten der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege beträgt damit 25.472.000 € (ohne die Personal- und Sachkosten der zuständigen Mitarbeiter/innen des Jugendamtes). Das sind 1.864.000 € mehr als in 2017. Der Mehrbedarf resultiert aus den Tarifanpassungen für das Personal von kreisweit 76 Kindertagesstätten (erzieherisches Personal inkl. Küchen- und Reinigungskräfte) sowie den Angebotserweiterungen, die entsprechend personalisiert werden müssen (zusätzliche Gruppen, Ausdehnung der Öffnungszeiten, Ausweisung weiterer Ganztagsplätze etc.). Der Mehrbedarf läge eigentlich bei 2.564.000 €, konnte aber durch eine *einmalige* Erstattungsleistung des kath. Trägerverbundes Kita gGmbH (kreisweit 44 Einrichtungen) um 700.000 € reduziert werden.

Zu Beginn des forcierten Ausbaus ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 standen kreisweit in 75 Kindertagesstätten 248 Gruppen zur Verfügung. Die Kapazitäten in den jetzt 76 Kindertagesstätten wurden dann wegen der erweiterten Rechtsansprüche für die unter Dreijährigen kontinuierlich ausgebaut, und zwar über 260 Gruppen in 2009, 265 in 2010, 278 in 2011, 292 ab Januar 2012, 313 ab Januar 2013, 326 ab Januar 2014 bis hin zu 338 (Bedarfsplan 2016) und aktuell 344 geführten Gruppen (Bedarfsplan 2017). Dieser bedarfsgerechte Ausbau muss – in der Hauptsache bedingt durch steigende Geburtenzahlen, eine wesentlich höhere Inanspruchnahme der U3-Plätze und durch zum Teil massive Zuzüge (Ausweisung größerer Baugebiete etc.) – weiter fortgesetzt werden: Neben den noch laufenden Baumaßnahmen in Schweich (5-gruppiger Neubau), Nittel (Erweiterung um 2 Gruppen), Tawern und Bekond (je eine zusätzliche Gruppe) stehen Ausbauprojekte konkret an in Saarburg (3. Kita, 4 Gruppen), Fisch und Irsch (je eine Gruppe), Könen (3 Gruppen) und Föhren (2 Gruppen). Absehbar sind zudem Erweiterungen in Gutweiler (1 Gruppe), Konz-Oberemmel (1), Mertesdorf (1) und Zerf (2).

Durch die entsprechenden Investitionen und die dadurch mögliche Schaffung zusätzlicher bzw. die Umwandlung vorhandener Plätze stehen inzwischen (Zahlen aus dem Bedarfsplan 2017) insgesamt 7.133 Plätze zur Verfügung, davon 1.925 Plätze für unter Dreijährige (gegenüber nur 50 Plätzen für diese Altersgruppe im März 2005).

Die Zahl der Ganztagsplätze wurde auf jetzt 4.131 Plätze ausgebaut (von 6.156 Plätzen für Zwei- bis Sechsjährige). Vom Kindergartenjahr 1999/2000 an ist die Quote der Ganztagsplätze damit von rd. 7 % auf rd. 67 % im lfd. Kindergartenjahr 2017/2018 gestiegen. Diese Quote bezieht sich – wie erwähnt – nur auf die Ganztagsplätze für die zwei- bis sechsjährigen Kindergartenkinder. Zusätzlich können alle Krippenplätze (aktuell 867) ganztags belegt werden.

Produkt 3620 - Förderung der Jugendarbeit

2017 ist die Förderung des Landes zur Ferienbetreuung von Schulkindern angehoben worden. Der Zuschuss errechnet sich auf der Grundlage der im Kreis lebenden Kinder im Alter von 6 – 13 Jahren und beträgt für den Landkreis Trier-Saarburg rund 25.000 €. Die Gelder sollen zur Finanzierung von unterschiedlichen kreisweiten Freizeitmaßnahmen von kommunalen und freien Trägern eingesetzt werden. Problematisch bei den Aufwendungen der Leistung 36201 ist die Verankerung im Kommunalen Entschuldungsfond RLP. Durch diese Vorgaben dürfen die Aufwendungen der entsprechenden Buchungsstellen beginnend ab 2012 für 15 Jahre nicht bzw. nur unter gleichzeitiger Anhebung der Erträge erhöht werden. Aufgrund der jährlich steigenden Bus- und Programmkosten bei einzelnen Maßnahmen ist eine Erhöhung notwendig, um eine Maßnahmenrealisierung (u.a. Ferienspaßprogramm) zu gewährleisten. Eine Erhöhung der Teilnahmebeiträge in entsprechendem Umfang ist nicht zu empfehlen, da Familien mit sozial schwachem Hintergrund sonst weiter zunehmend ausgeschlossen würden. Mit Bezug auf den Kommunalen Entschuldungsfond ist darauf hinzuweisen, dass die Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe des örtlichen Trägers der Jugendhilfe ist. Im §79 Abs. 2 SGB VIII in Verbindung mit §11 SGB VIII wird geregelt, dass Jugendarbeit eine verpflichtende Jugendhilfeleistung ist; nach § 11 SGB VIII sind den Kindern und Jugendlichen die erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.

Produkt 3631 – Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und Kinder- und Jugendschutz

Jugendsozialarbeit/Fachstelle Jugendberufshilfe: Seit 01.08.2017 mit einer Fachkraft der Sozialen Arbeit ohne bisherige ESF-Förderung besetzt. Es ist geplant Landesmittel zur „Aufsuchenden Jugendarbeit“ für diese Fachstelle zu akquirieren. Nach einer Bewilligung kann mit einem Landeszuschuss i. H. v. 30.000 € pro Jahr gerechnet werden.

Zu den kreisweit eingerichteten Stellen der „Sozialen Arbeit an Schulen“ im Landkreis Trier-Saarburg“ (RS plus Schweich 1,0 VZÄ, RS plus Konz 1,0 VZÄ, IGS Hermeskeil 1,0 VZÄ, GRS plus Waldrach 0,5 VZÄ, GRS plus Kell am See/Zerf 0,5 VZÄ, RS plus Saarburg 1,0 VZÄ, GHS Taben-Rodt 0,25 VZÄ) werden jährlich pro Vollzeitstelle 30.600 € und pro Teilzeitstelle 15.300 € Landesmittel gewährt. Für diesen Zweck ist 2018 mit einer Landeszuwendung i. H. v. 160.650 € zu rechnen. Die Stellen der GRS plus Kell am See/Zerf, RS plus Saarburg und GHS Taben-Rodt befinden sich in Trägerschaft des „Sozialwerk Saar-Mosel“ und die Stelle der RS plus Konz befindet sich in Trägerschaft des „Jugendnetzwerkes Konz e.V.“. Sowohl die gewährten Landeszuwendungen als auch die Kreismittel sind für diese Stellen anteilig an diese Träger der freien Jugendhilfe auszuzahlen. Diese Auszahlung wurde auf der Buchungsstelle 36312.559900 (Zuweisungen und Zuschüsse an Sonstige) veranschlagt. Für die BBS Saarburg/Hermeskeil ist am Standort Saarburg eine Fachkraft der Sozialen Arbeit mit 0,5 VZÄ in Trägerschaft des Sozialwerk Saar Mosel zuständig. Am Standort Hermeskeil der BBS ist ebenfalls eine Fachkraft der Sozialen Arbeit (0,5 VZÄ) tätig, hier hat das DRK die Trägerschaft übernommen. Die Ausgaben für diese beiden Stellen sind ebenfalls bei der Buchungsstelle 36312.559900 veranschlagt.

Produkt 3632 - Förderung der Erziehung in der Familie

Hierunter fallen nachfolgend genannte Leistungen:

- Beratung zur Erziehung, Partnerschaft und Personensorge
- Beratung zur sozialen Sicherung
- Betreuung und Versorgung in Notsituationen
- Unterbringung Vater / Mutter / Kind und Erfüllung Schulpflicht u n d
- der Kinderschutz

Bei den beiden erstgenannten Leistungen handelt es sich überwiegend um Beratungsleistungen der Mitarbeiter/-innen des allgemeinen sozialen Dienstes und der Sonderdienste des Jugendamtes.

Die Kosten einer Hilfe nach § 19 SGB VIII (Unterbringung Vater / Mutter /Kinder) belaufen sich aufgrund des intensiven vollstationären Settings im Einzelfall auf bis zu 10.000,00 € monatlich. Diese Hilfe ist insbesondere angezeigt zur Abwendung einer möglichen Kindeswohlgefährdung bzw. vor der Entscheidung über eine mögliche / notwendige Herausnahme des Kindes / der Kinder. Dieses engmaschige stationäre Setting dient der Klärung vorhandener Erziehungskompetenzen bei den Eltern / dem Elternteil. Die zusätzlichen Aufwendungen resultieren bei stagnierenden Hilfebedarfen aus höheren Kosten im Einzelfall aufgrund tarifbedingte Anpassungen der Leistungsentgelte der Einrichtungen.

Das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) sowie das hierin enthaltene Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) regelt, dass das BMFSFJ den Auf- und Ausbau der Netzwerke früher Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen durch eine Bundesinitiative unterstützt. Diese Bundesinitiative wurde zum 01.10.2017 überführt in die „Bundesstiftung Frühe Hilfen“ .Aus den jährlich zur Verfügung stehenden Stiftungsmitteln (rd. 51 Mio. EURO) erhält der Landkreis derzeit jährlich rd. 42.000,00 € (Verteilungsschlüssel ermittelt sich aus der Gesamteinwohnerzahl, der Zahl der Kinder unter 6 Jahren und der Zahl der Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren im Transferleistungsbezug (SGB II) in den jeweiligen Kommunen (Stand Jan. 2012).

Zusätzlich fördert das Land Rheinland Pfalz auf der Grundlage des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Landeskinderschutzgesetz) den Aufbau und die Arbeit lokaler Netzwerke pauschal mit 7,00 € pro Kind unter 6 Jahren, das im Bereich des jeweiligen Jugendamtsbezirks lebt. Für das Jahr 2017 erwartet der Landkreis Trier-Saarburg, basierend auf den Werten der Vorjahre, ebenfalls einen Landeszuschuss in Höhe von rd. 57.000,00 €.

Die aus o.g. Bundesinitiative zur Verfügung gestellten Mittel werden in erster Linie für den bedarfsgerechten Einsatz von Familienhebammen eingesetzt. Die Landesmittel werden zielgerichtet für den Ausbau des „lokalen Netzwerkes für den Kinderschutz“ genutzt.

Produkt 3633 - Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII

Zu den klassischen Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII gehören die Leistungen:

- 36331 - Institutionelle Beratung (Erziehungsberatung) gem. § 28 SGB VIII
- 36332 - Soziale Gruppenarbeit gem. § 29 SGB VIII
- 36333 - Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer gem. § 30 SGB VIII
- 36334 - Sozialpädagogische Familienhilfe gem. § 31 SGB VIII
- 36335 - Erziehung in einer Tagesgruppe gem. § 32 SGB VIII
- 36336 - Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII
- 36337 - Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII
- 36339 - andere Hilfen zur Erziehung gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII (Sozialraumorientierte Jugendhilfe)

Zur Sicherstellung des notwendigen und fachlich qualifizierten Beratungsangebotes für Klienten aus dem Landkreis Trier-Saarburg halten die Beratungsstellen im Landkreis und in der Stadt Trier die erforderlichen personellen Ressourcen vor, die vom Landkreis bedarfsgerecht finanziert werden. Auf der Grundlage der Tarifsteigerungen der Jahre 2015, 2016 und 2017 ist davon auszugehen, dass die mit dem Bistum Trier im Jahr 2009 geschlossene Leistungs- und Entgeltvereinbarung in den kommenden Jahren neu verhandelt wird. Ebenso erhöhen sich aufgrund gestiegener Personal- und damit einhergehender Sachkosten die Kommunalanteile für die gesetzlich vorzuhaltenden insgesamt 3,7 VZÄ für die Schwangerenberatungsstellen in der Stadt Trier (Verpflichtung lt. LVOFBSchG vom 22.03.2006).

Leistung 36332, 363333, 36334, 36335 u. 36339 - Ambulante und teilstationäre Erziehungshilfen:

Nach erfolgreicher Projektphase in 2 Modellsozialräumen stimmte der Kreistag in seiner Sitzung am 17.06.2013 der kreisweiten Implementierung des „weiterentwickelten Konzepts zur Umsetzung sozialraumorientierter Jugendhilfestrukturen“ in landkreisweit 4 Sozialräumen zu. Mit den Kooperationspartnern des Jugendamtes in diesen 4 Sozialräumen wurde ab dem 01.01.2014 Kooperationsverträge mit einer vierjährigen Laufzeit (31.12.2017) beschlossen.

Nachdem sich die Sozialraumorientierten Jugendhilfestrukturen zwischenzeitlich kreisweit etabliert haben, hat der Unterausschuss Jugendhilfeplanung auf der Grundlage der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre und der Ergebnisse der Evaluation ab Herbst 2016 in insgesamt 9 Sitzungen das Konzept zur „Sozialraumorientierten Jugendhilfe“ fortschrieben. Nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Kreisausschuss hat der Kreistag dann in seiner Sitzung am 15.05.2017 diesem fortgeschriebenen Konzept zur Weiterführung der sozialraumorientierten Jugendhilfe zugestimmt. Das daraufhin eingeleitete Interessenbekundungsverfahren führte zu dem Ergebnis, dass die Sozialraumorientierten Jugendhilfe in den 4 Sozialräumen mit den bisherigen Kooperationspartner ab Januar 2018 weitergeführt wird.

Schwerpunkt des Konzepts zur „Sozialraumorientierten Jugendhilfe“ ist die Flexibilisierung der bisher starren Hilfesettings in den ambulanten und teilstationären Erziehungshilfen unter Einbindung sozialräumlicher Ressourcen.

Das bedeutet, dass die Leistungen für die Soziale Gruppenarbeit (36332), den Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer (36333), die Sozialpädagogische Familienhilfe (36334) und die Erziehung in einer Tagesgruppe (36335) in der Hauptsache von den Kooperationspartnern des Jugendamtes in den 4 Sozialräumen flexibel und am Bedarf orientiert geleistet werden. Aus diesem Grund, aber auch, um die Finanzflüsse zu den Sozialräumen transparent zu machen, werden die, für die jeweiligen Sozialräume ermittelten Finanzvolumina seit dem Jahr 2014 analog dem vorgegebenen kommunalen Produktplan unter dem Produkt „Andere Hilfen zur Erziehung“ ausgewiesen.

Die bei den o. g. Leistungen noch bereitgestellten Mittel beziehen sich auf Angebote von Leistungsanbietern, die nicht Kooperationspartner des Jugendamtes in den Sozialräumen sind und dienen u. A. zur Sicherstellung bedarfsgerechter Individualleistungen außerhalb der Sozialraumteams sowie der Gewährleistung des im § 5 SGB VIII festgeschriebenen Wunsch- und Wahlrechtes der Leistungsberechtigten.

Diese Überleitung der Aufwendungen für die Erziehungshilfe in die neuen Finanzstrukturen stellt sich wie folgt dar:

Prod.-Nr.	Hilfen	Ausgaben 2014	Ausgaben 2015	Ausgaben 2016	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Differenz zu 2017
36332	Soziale Gruppenarbeit - § 29 SGB VIII -	15.656,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	0,00 €
36333	Erziehungsbeistand - § 30 SGB VIII -	100.000,00 €	75.000,00 €	45.000,00 €	45.000,00 €	45.000,00 €	0,00 €
36334	Sozialpädagogische Familienhilfe - § 31 SGB VIII -	275.000,00 €	240.000,00 €	270.000,00 €	270.000,00 €	300.000,00 €	+ 30.000,00 €
36335	Erziehung in einer Tagesgruppe - § 32 SGB VIII -	425.000,00 €	385.000,00 €	285.000,00 €	100.000,00 €	75.000,00 €	./ 25.000,00 €
36339	andere Hilfen zur Erziehung - § 27 (2) SGB VIII -	1.885.000,00 €	1.990.000,00 €	2.200.000,00 €	2.200.000,00 €	2.558.000,00 €	+ 358.000,00 €
		2.700.656,00 €	2.692.000,00 €	2.802.000,00 €	2.617.000,00 €	2.980.000,00 €	+ 363.000,00 €

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, konnten die Kosten für die ambulanten und teilstationären Erziehungshilfen im Landkreis Trier-Saarburg ab Beginn der kreisweiten Implementierung der „Sozialraumorientierten Jugendhilfe“ im Jahr 2014 bis einschließlich 2017 um 3,1 % reduziert werden, und dies trotz der Tatsache, dass die personalisierten und die variablen Finanzvolumina in den 4 Sozialräumen auf Basis der geschlossenen Kooperationsverträge ab dem 01.03.2015 um 4,411 % und zum 01.01.2017 erneut um 3,18 % auf nunmehr 76.350,00 € angepasst werden mussten.

Das ASD-Finanzvolumen mit Hauptflussrichtung zu anderen Leistungserbringern von Hilfen zur Erziehung wurde seit Beginn der kreisweiten Implementierung nicht verändert.

Auf der Grundlage des fortgeschriebenen Konzeptes zur Sozialraumorientierten Jugendhilfe im Landkreis Trier-Saarburg werden mit den Kooperationspartnern des Jugendamtes in den 4 Sozialräumen zum 01.01.2018 neue Kooperationsverträge für die Dauer von 5 Jahren, angepasst um tarifbedingte Personalkostensteigerungen sowie Segmenten aus der Jugendhilfegerichtshilfe und der Vollzeitpflege, geschlossen. Unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungen sowie der Überleitung weiterer Hilfesegmente der Erziehungshilfe in die sozialräumlichen Strukturen waren die Finanzvolumina entsprechend anzupassen.

Leistung 36336 u. 36337 – stationäre Erziehungshilfen

Die stationären Erziehungshilfen umfassen die Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII sowie die Heimerziehung und die sonstigen betreuten Wohnformen gem. § 34 SGB VIII.

Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege soll Kindern und Jugendlichen in einer anderen Familie eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten. Diesem gesetzlichen Auftrag folgend werden derzeit Konzepte erarbeitet, um mit Unterstützung der Kooperationspartner des Jugendamtes in den Sozialräumen Pflegefamilien zu akquirieren und durch ortsnahe flankierende und bei Bedarf auch entlastende Angebote in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen, um so den dauerhaften Verbleib dieser häufig in ihrer Entwicklung stark beeinträchtigten Kinder in den Pflegefamilien dauerhaft und dem Wohl des Kindes entsprechend zu sichern.

Zudem soll mit diesem sozialräumlichen Pflegekinderkonzept erreicht werden, dass weitere Familien Bereitschaft zur vorübergehenden oder dauerhaften Aufnahme eines Pflegekindes signalisieren, um so langfristig die Zahl der vollstationären Erziehungshilfen in anerkannten Einrichtungen der Jugendhilfe zu reduzieren.

Nachdem die Fallzahlen in der vollstationären Erziehungshilfe bis zum Jahr 2015 kontinuierlich stiegen und auch einige intensivpädagogische Maßnahmen erforderlich wurden, stagnierten die Fallzahlen dann ab 2016 und konnten in 2017 leicht reduziert werden, so dass trotz einer pauschalen Anhebung der Leistungsentgelte nach § 78 a Abs. 1 SGB VIII von 2,6 % zum 01.07.2017 und einer zu erwartenden Anpassung von ca. 1,75 % ab 01.07.2018 die Aufwendungen in der Heimerziehung für das Jahr 2018 annähernd in Höhe des Vorjahresbetrages (rd. 7,26 Mio. EURO) hochgerechnet wurden.

Die zukünftige Entwicklung, auch im Zusammenhang mit der „sozialraumorientierten Jugendhilfe“, hier insbesondere der geplanten Intensivierung der Pflegeelternarbeit, bleibt abzuwarten.

Zu den vollstationären Erziehungshilfen, sowohl in der Vollzeitpflege wie auch in den stationären Einrichtungen der Jugendhilfe und den sonstigen betreuten Wohnformen gehören auch die Leistungen an den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen.

In dem am 01.11.2015 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ wurde die Aufnahmeverpflichtung für die unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen (umA) neu festgelegt nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“. Hiernach werden dem Land Rheinland-Pfalz 4,83 % der ins Bundesgebiet einreisenden umA zugewiesen.

Die Quote des Landkreises an den dem Land Rheinland-Pfalz zugewiesenen umA beträgt 3,4 %. Nach dieser Quote werden im Landkreis Trier-Saarburg durchschnittlich 100 umA in geeigneten stationären Settings betreut.

Für die Betreuung dieser umA werden Auswendungen in der veranschlagten Höhe erforderlich.

Die Aufwendungen werden den örtlichen Jugendhilfeträgern jedoch zu 100 % vom überörtlichen Träger (LJA Rheinland-Pfalz) erstattet.

Leistung 3635 Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen

Die Inobhutnahme umfasst die Befugnis, ein Kind oder einen Jugendlichen bei dringendem Verdacht der Kindeswohlgefährdung aus dem elterlichen Haushalt heraus zu nehmen und bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform (Bereitschaftspflege; Jugendhilfeeinrichtung) unterzubringen. Außerdem sind unbegleitet nach Deutschland einreisende ausländische Kinder und Jugendliche, sofern sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten, in Obhut zu nehmen.

Die Zahl notwendig werdender Inobhutnahmen, auch im Zusammenhang mit der Einreise minderjährige unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher ins Bundesgebiet, ist rückläufig, so dass der Aufwand entsprechend reduzierte werden konnte.

Trotz Einrichtung eines Sonderdienstes und strengerer Rechtsauslegung zeichnet sich weiterhin ein steigender Bedarf an ambulanten Hilfen gem. § 35 a SGB VIII – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche – ab.

Auch wenn die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit einem fachärztlich diagnostizierten autistischen Störungsbild nur noch geringfügig steigt, steigen die Kosten explizit für diese sehr umfangreichen und zeitintensiven ambulanten Einzelfallhilfen (Therapiekosten + Integrationshilfe im schulischen Kontext) durch tarifbedingte Anpassungen der Entgelte für die Fachleistungsstunden (Integrationshilfen) und Therapieeinheiten (Autismus-Therapie-Zentrum) erneut erheblich.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die aufgrund fachärztlicher Gutachten (diagnostizierte seelische Behinderung) in geeigneten Therapieeinrichtungen betreut werden müssen, blieb in 2017 konstant, so dass der Aufwand in Höhe des Vorjahreswertes belassen werden konnte.

Produkt 4210 – Förderung des Sports

Für Zuschüsse an Gemeinden und freie Träger für Sportanlagen, Sportgeräte und Sanierung sind insgesamt 182.600 € vorgesehen.

Die Mittel sind eingeplant für die Ausfinanzierung der Maßnahmen TC Gusterath (15.000 €), TC Gusenburg (15.000 €), DJK Pluwig / Gusterath (15.000 €), SV Trittenheim (15.000 €), TuS Schillingen (15.000 €), TC Roscheid (15.000 €), Wassersportclub Konz (8.600 €), SV Fisch (14.000 €), SV Kirf (15.000 €) und SV Trassem sowie für die Maßnahmen der Gemeinden Kell am See (15.000) und Föhren (25.000 € energetische Sanierung). Hinzu kommen die Maßnahmen, die in 2017 nicht fertig gestellt wurden und 2018 zur Auszahlung kommen. Die Mittel sind bei Bedarf im Finanzhaushalt in das Jahr 2018 zu übertragen.